

Jens Tenscher

Im Netz der Abgeordneten

Schlüsselwörter: Abgeordnete, Internet, Einstellungen, Repräsentation, Österreich

Im Fokus der Debatte um die „elektronische Demokratie“ haben bislang zumeist die technischen Potenziale sowie der Umgang der BürgerInnen mit interaktiven politischen Kommunikationskanälen gestanden. Der „Angebotsseite“, also den Aktivitäten politischer AkteurInnen „im Netz“, und insbesondere den dahinter stehenden Motiven ist demgegenüber vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Vor diesem Hintergrund widmet sich der vorliegende Beitrag den Einstellungen der Abgeordneten gegenüber dem Internet. Dies geschieht auf Basis einer repräsentativen Umfrage unter den Nationalratsmitgliedern und den Abgeordneten der österreichischen Landtage. Die empirischen Befunde deuten darauf hin, dass die ParlamentarierInnen zum Großteil bereits „im Netz“ angekommen sind. Allerdings zeichnet sich derzeit eine Art *digital divide* ab, der sich altersbedingt quer durch die parlamentarischen Reihen zieht.

MPs' internet

Keywords: MPs, internet, orientations, representation, Austria

The debate about the “electronic democracy” has so far focused predominantly on technical potentials on the one hand and citizens’ exposure to interactive political communication channels on the other. In contrast, the “supply side”, i.e. the internet activities of political actors and especially their motives, has relatively rarely been investigated. Against this backdrop we have conducted a representative survey among Austrian national and regional MPs which investigate their attitudes toward the internet. Our results demonstrate that a majority of the delegates have already become Internet-literate. Yet, we find an age-related “*digital divide*” crossing the parliamentarian rows on the national and regional level.

Jens Tenscher

Österreichische Akademie der Wissenschaften/Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung

Postgasse 7/4/1, 1010 Wien

E-Mail: jens.tenscher@oeaw.ac.at

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 42. Jg. (2013) H. 2, 145–160

1. Einleitung

In den vergangenen Jahren haben sich die Massenmedien nicht nur gesamtgesellschaftlich ausgebreitet, sondern ihren Platz als Primärquellen zur politischen Kommunikation und politischen Orientierung gefestigt. Politische AkteurInnen haben zunehmend gelernt, sich an journalistische Routinen und massenmediale Logiken anzupassen (vgl. zusammenfassend Reinemann 2010). Zugleich haben computervermittelte Online-Medien¹ die Koordinaten für politisches Handeln und Kommunizieren nachhaltig verschoben. Sie bieten neue Möglichkeiten für die Wiederbelebung des direkten Austauschs zwischen der politischen Elite und den BürgerInnen außerhalb tradierter massenmedialer Kanäle.

Vor diesem Hintergrund sehen sich alle politischen AkteurInnen, seien es individuelle, kollektive oder korporative Organisationen des intermediären und politisch-administrativen Systems, nicht nur mit massenmedialen Möglichkeiten und Zwängen, sondern auch mit solchen, die von den „neuen“ Medien ausgehen, konfrontiert. Sie legen unterschiedliche Strategien und Tempi an den Tag, um mit entsprechenden Herausforderungen umzugehen. Allerdings hat die wissenschaftliche Aufmerksamkeit in Europa lange Zeit auf den Anpassungs- und Induktionsleistungen im Zusammenspiel von Politik und Massenmedien gelegen (vgl. z.B. Norris 2000). Erst in der vergangenen Dekade ist eine Reihe an empirischen Studien erschienen, die sich mit den Potenzialen der digitalen Medien für die politische Kommunikation, also für politische (Re-)Präsentation und Politikbeobachtung, beschäftigt hat (vgl. Leston-Bandeira 2007; Lindh/Miles 2007; Lusoli 2012). Diese Studien helfen dabei, die optimistischen Szenarien aus der Frühzeit des „digitalen Zeitalters“ auf den Prüfstand zu stellen (vgl. Grossman 1995; Browning 1996; Coleman et al. 1999).

Die meisten Studien, die sich mit digitalen, computervermittelten Medien beschäftigen, wenden sich den BürgerInnen und WählerInnen zu, also jenen, die in der Terminologie des massenmedialen Zeitalters als „RezipientInnen“ galten. Diese Untersuchungen liefern instruktive Einsichten darin, wie die Menschen mit Online-Medien oder dem World Wide Web (WWW) umgehen und welche Folgen dies für ihre politischen Einstellungen hat (vgl. Norris 2001; Emmer et al. 2011). Im Vergleich hierzu ist den „Sendern“ der politischen Kommunikation, wie sie früher bezeichnet wurden, bislang nur relativ wenig empirische Aufmerksamkeit zuteilgeworden. Die meisten Analysen in diesem Bereich haben sich mit den Online-Aktivitäten politischer AkteurInnen beschäftigt, dabei aber die Einstellungen und Motive hinter den Handlungen ausgeblendet. Dabei hat der Fokus auf den *Strukturen und Inhalten* von Parteien-Websites (vgl. u.a. Lilleker et al. 2011; Rußmann 2012) und – schon seltener – auf Wahlkampfaktivitäten in „neuen“, zumal sozialen Medien wie Twitter (vgl. u.a. Small 2011; Strobl 2012), der Online-Präsenz von politischen KandidatInnen (vgl. Gulati/Williams 2007; Wagner/Gainous 2009) oder Parlamentarabgeordneten (vgl. Zittel 2003; Jackson 2006; Leston-Bandeira 2012) gelegen.

Neben diesen Inhaltsanalysen ist in den vergangenen Jahren nur eine Handvoll quantitativer Befragungen und „qualitativer“ Interviews mit politischen KandidatInnen und RepräsentantInnen durchgeführt worden. Während sich die quantitativen Befragungen wie die Inhaltsanalysen zumeist der Frage gewidmet haben, *in welchem Ausmaß* sich Parlamentsabgeordnete neuer Informations- und Kommunikationstechnologien bedienen (vgl. Filzmaier/Stainer-Hämmerle 2002; Filzmaier et al. 2006; Leston-Bandeira 2007), haben die „qualitativen“ (zumeist teilstrukturierten) Interviews die Frage gestellt, *warum* sich die VolksvertreterInnen manchen digitalen Medien zuwenden und andere vermeiden (vgl. Zittel 2009; Williamson/Fallon 2011). Im Vergleich hierzu ist bislang nur vereinzelt auf *repräsentativer Basis* untersucht worden, welche Motive und

Einstellungen sich hinter den Aktivitäten der Abgeordneten „im Netz“ verbergen (vgl. Tenscher/Will 2010). Auch hier fehlt es aber an *Erklärungen* für Unterschiede in der Nutzung von Online-Medien seitens der ParlamentarierInnen (vgl. auch Vicente-Merino 2007).

Vor diesem Hintergrund zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, auf quantitativer Basis Übereinstimmungen und Unterschiede in den Einstellungen der österreichischen Abgeordneten gegenüber dem Internet aufzudecken und zu erklären. Dabei wird im Sinne des Rational-Choice-Ansatzes erstens unterstellt, dass entsprechenden Einstellungen bestimmte Kosten-Nutzen-Kalküle zugrunde liegen (vgl. Tenscher 2012a). Zweitens sollten sich die Einstellungen, soweit es die Rahmenbedingungen erlauben, in Handlungen manifestieren. Hierzu wird eine Typologie der Abgeordneten im Netz entworfen. Diese Herangehensweise hilft dabei, einen Beitrag zu einem aktualisierten Verständnis von politischer Repräsentation und politischer Kommunikation im „digitalen Zeitalter“ zu leisten (vgl. auch Coleman/Spiller 2003; Lusoli et al. 2006; Leston-Bandeira 2012).

Die bisherigen Untersuchungen in diesem Forschungsfeld sind i.d.R. als *nationale Fallstudien* angelegt gewesen. Vergleichende Studien stellen die Ausnahme dar (vgl. Zittel 2004; Leston-Bandeira 2007; Vicente-Merino 2007; Jackson/Lilleker 2011). Erst der Vergleich hilft jedoch dabei, Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufzudecken und diese auf unterschiedliche Rahmenbedingungen zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden die Einstellungen der österreichischen ParlamentarierInnen gegenüber „dem Netz“ in einem *Ebenenvergleich* untersucht werden. Eine in soziostruktureller Hinsicht repräsentative Stichprobe an Abgeordneten des Nationalrats wird hierzu einer in gleicher Hinsicht repräsentativen Stichprobe an Abgeordneten aus den neun Landtagen gegenübergestellt. Die untersuchungsleitende Annahme hinter diesem Ebenenvergleich ist, dass die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur politischen Online-Kommunikation auf regionaler Ebene von jenen auf nationaler Ebene differieren. Entsprechend unterschiedlich müsste die Verteilung der Typen an „Netzabgeordneten“ zwischen nationaler und regionaler Ebene sein. Zudem lässt sich erwarten, dass sich die Unterschiede in den Einstellungen der Abgeordneten gegenüber dem Internet – wie in der allgemeinen Bevölkerung – zumindest zu einem gewissen Teil soziodemografisch erklären lassen.

Beiden Fragestellungen soll im Folgenden empirische Aufmerksamkeit geschenkt werden (vgl. Kap. 4). Zunächst wird jedoch ein Überblick über die Transformationen der politischen Kommunikation im „digitalen Zeitalter“ und den damit verbundenen Hoffnungen gegeben (Kap. 2). Es folgt die Darstellung des methodischen Zugangs (Kap. 3). Abschließend werden die zentralen Befunde zusammengefasst und vor dem Hintergrund des zukünftigen Verhältnisses zwischen politischen RepräsentantInnen und BürgerInnen diskutiert (Kap. 5).

2. Politische Kommunikation im digitalen Zeitalter

Ein Wesensbestandteil repräsentativer Demokratien ist seit jeher die kommunikative Vernetzung zwischen den VolksvertreterInnen und den BürgerInnen gewesen. Politische Systeme, die auf den Grundprinzipien der Delegation und Repräsentation basieren, funktionieren dann gut, wenn es ein verlässliches Netzwerk an kommunikativen Kanälen gibt, die den Austausch von Informationen, Bedürfnissen und Meinungen ermöglichen (vgl. Kevenhörster 1998). Dieser Austausch zwischen den politischen Eliten einerseits und der Bevölkerung andererseits hat sich schon immer eine Vielzahl an institutionalisierten, interpersonellen und medialen Kanälen zunutze gemacht. Eine besondere Rolle haben dabei lange Zeit die „klassischen“ Instanzen politischer

Meinungsbildung und Interessenvermittlung, vor allem Parteien und Verbände, gespielt. Diese haben in jüngster Zeit zusehends an Bindekraft eingebüßt. Gleichzeitig haben sich die Massenmedien gesamtgesellschaftlich ausgeweitet und als primäre Plattform zur politischen Kommunikation etabliert. Konsequenterweise realisieren sich politische (Re-)Präsentation und Politikwahrnehmung heutzutage vor allem in den und über die Massenmedien (vgl. Vowe 2006). Sowohl die politischen AkteurInnen als auch die BürgerInnen sind hiervon betroffen: Die Massenmedien bestimmen einerseits in hohem Maße, wie (und wann) PolitikerInnen öffentlich kommunizieren, und andererseits weisen sie den BürgerInnen eine weithin passive Rolle zu.

In diesem Zusammenhang haben die Verbreitung der digitalen Online-Medien und vor allem die Ausweitung des WWW seit den 1990er-Jahren neue Hoffnungen geschürt. Diese sind unter Schlagwörtern wie „cyber revolution“ (Margolis/Resnick 2001), „elektronische Demokratie“ (Zittel 2004; Lusoli 2012), „E-Governance“ (Edelmann et al. 2010) oder – in jüngster Zeit – „connected representation“ (vgl. Graham et al. 2013) diskutiert worden.

Einerseits verweisen diese Begrifflichkeiten auf die (mutmaßlich) wachsenden Möglichkeiten für die Bevölkerung zur Bottom-up-Kommunikation, Interaktion, Inklusion und politischen Beteiligung (vgl. Maier-Rabler et al. 2012). Andererseits erleichtert das Internet aber auch der politischen Elite die strategische Top-down-Kommunikation. Schließlich wird es immer einfacher, unmittelbar, ohne Zeitverzögerung und durch Umgehung massenmedialer „Gatekeeper“ mit spezifischen Zielgruppen (vor allem weiblichen jüngeren Kohorten) in Kontakt zu treten (Stichwort „Microtargeting“, vgl. u.a. Strobl 2012). Im Endeffekt würden durch „das Netz“ sowohl die Responsivität des politischen Systems als auch die Rationalität des politischen Entscheidungsprozesses gestärkt (vgl. Zittel 2010). Im Idealfall würden die computervermittelten Online-Medien zur Dehierarchisierung der politischen Kommunikation beitragen, deliberative Entscheidungsverfahren erleichtern (vgl. Leggewie/Bieber 2003) – aber eben auch die strategischen Möglichkeiten für die politische Elite erhöhen.

Angesichts solch optimistischer Szenarien hinsichtlich der *Potenziale* der „elektronischen Demokratie“ fallen die in jüngster Zeit vorgelegten empirischen Befunde recht ernüchternd aus. Der Hauptgrund hierfür ist in einem Perspektivenwechsel zu sehen: weg von den technischen Möglichkeiten der digitalen Kommunikation und hin zu der Frage, wie „neue“ Medien von den Menschen genutzt werden, wie sie mit ihnen umgehen und in welchem Maße diese die politische Kommunikation und das Politikverständnis beeinflussen (vgl. Norris 2001; Emmer et al. 2011; Lusoli 2012). Dabei haben sich die meisten empirischen Studien in diesem Bereich auf die BürgerInnen konzentriert, also auf diejenigen, die im Zeitalter der Massenkommunikation das Publikum repräsentierten. Wie gehen diese mit ihrer neuen Rolle als Kommunikationsbeteiligte oder „Prosumer“ politischer Online-Kommunikation um (vgl. Hirzalla et al. 2011)?

Hinsichtlich dieser Frage muss darauf hingewiesen werden, dass das Internet – und vor allem dessen politischen Inhalte – immer noch (große) Teile der Bevölkerung nicht erreicht. Zwar hat nur das Internet in den vergangenen Jahren europaweit an Reichweite gewonnen, während die traditionellen Massenmedien an Aufmerksamkeit eingebüßt haben (vgl. van Eimeren/Frees 2011, 334; auch Tenscher/Hayek 2012). Dessen ungeachtet nutzt ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung über 14 Jahren niemals das Internet (vgl. Integral 2012). Unter dieser Gruppe der „Offline“ finden sich überdurchschnittlich viele Ältere, d.h. über 60-Jährige, Frauen und weniger Gebildete (vgl. auch Stark 2009, 140). Hinzu kommt, dass die „Online“ – vor allem die Jüngeren – das Internet zwar hauptsächlich zur Information nutzen, dass dabei aber *politische* Informationen nur sporadisch oder nie konsumiert werden. Tatsächlich wird dem Internet im Vergleich zu anderen politischen Informationsquellen die geringste Glaubwürdigkeit zugeschrie-

ben (vgl. Plasser/Lengauer 2010, 26). Entsprechend rangiert der Zugriff auf aktuelle Online-Ausgaben einer Zeitung oder Zeitschrift unter den österreichischen InternetnutzerInnen auch nur auf dem zehnten (und damit letzten) Platz unter den Internetaktivitäten (vgl. Integral 2012).

Alles in allem unterstützt diese Momentaufnahme nicht die Vorstellung eines voranschreitenden „Demokratisierungsprozesses“ durch das Internet. Es scheint bislang eher so zu sein, dass soziale Ungleichheiten in der Art und Weise, wie sich BürgerInnen über Politik informieren und sich politisch beteiligen, durch die Online-Medien eher noch verstärkt würden (vgl. Hirzalla et al. 2011). Entsprechende Disparitäten in den Online-Aktivitäten werden seit einiger Zeit unter dem Stichwort des „*digital divide*“ (Norris 2001) diskutiert. Damit sind nicht nur unterschiedlich verteilte (technische und zeitliche) Möglichkeiten des Internetzugangs gemeint, sondern auch ungleich verteilte Bedürfnisse, sich über Online-Medien (politisch) einzubringen. So ist die Idee einer „Agora 2.0“ (Emmer et al. 2011) bislang an technischen Barrieren, sozialen Zwängen und individuellen Bedürfnissen gescheitert. Inwieweit die zu erwartende Ausbreitung der internet-affinen Kohorten, die sich jetzt schon primär über das Internet politisch informieren, und das sukzessive Verschwinden der internetdistanzierten (älteren) Kohorten hier zu einer Veränderung führen wird, gilt es weiter zu beobachten.

Während die Zuwendung der BürgerInnen zu den politischen Angeboten des Internets und die dahinterstehenden Motive in den vergangenen Jahren verstärkte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren haben, ist die *Angebotsseite* – zumal in Österreich – bislang kaum untersucht worden. Gemeint sind damit die Aktivitäten der politischen Elite „im Netz“. Diesbezüglich ist zum einen an vereinzelte Studien zu erinnern, die sich struktur- und inhaltsanalytisch mit der Online-Präsenz der österreichischen Parteien zu Wahlkampfzeiten beschäftigt haben (vgl. Rußmann 2011, 2012). Allerdings geben diese Studien keinen Hinweis auf die Routinekommunikation oder die Online-Präsenz anderer politischer Akteursgruppen – wie z.B. die des Nationalrats oder der Landtage (vgl. allgemein hierzu Emmer/Bräuer 2010). Außerdem erlauben Strukturanalysen nur bedingt Rückschlüsse darauf, welche (funktionalen und/oder symbolischen) Intentionen und Motivationen sich hinter dem politischen Online-Auftritt verbergen. Was sind die Hoffnungen und Erwartungen der PolitikerInnen gegenüber der Online-Kommunikation? Wird das Internet als Ausweitung klassischer, massenmedialer Kanäle gesehen, als Mittel zur Revitalisierung des direkten Kontakts zu den BürgerInnen und spezifischen Zielgruppen, als billiger Rückkopplungskanal oder als Angebot zur dauerhaften Vernetzung zwischen Delegierten und der Bevölkerung? Oder steht der symbolische Nutzen der computervermittelten Online-Kommunikation aus Sicht der politischen Elite über dem funktionalen Wert? In diesem Sinne wäre die politische Online-Kommunikation nicht etwa als ein Indikator des Aufkommens einer „postmodernen“ Ära politischer Kommunikation zu deuten (vgl. Norris 2000), sondern vielmehr als ein Zeichen von *Pseudomodernität*. So verstanden könnten die Online-Aktivitäten der „elektronischen Abgeordneten“ gar zu einer Gefährdung der online stimulierten „Demokratisierung“ führen; insbesondere dann, wenn politische Internetmöglichkeiten geschaffen werden, die Hoffnungen unter den Onlinern schüren, die dann enttäuscht werden. In diesem Zusammenhang sei nur an Einladungen zu virtuellen Diskussionen via E-Mail, Blog oder Chat erinnert, an denen nicht die Delegierten selbst, sondern deren MitarbeiterInnen teilnehmen (vgl. Zittel 2009, 377).

Antworten auf diese Fragen setzen einen Perspektivenwechsel voraus: weg von den politischen Online-Angeboten und hin zu den Motiven, Kalkülen und Erwartungen der politischen Elite gegenüber den Online-Medien (vgl. Coleman/Spiller 2003; Lindh/Miles 2007; Jackson 2008). Allerdings haben die bislang im österreichischen Raum durchgeführten Abgeordneten-

studien zumeist auf explizite Fragen zu den Online-Aktivitäten der ParlamentarierInnen verzichtet. Selbst jene Studien, die einen Schwerpunkt auf die Internetpräsenz der Delegierten gelegt haben (vgl. Filzmaier et al. 2006), haben es versäumt, *Erklärungen* dafür anzubieten, warum sich manche Abgeordneten den Online-Medien zuwenden und andere nicht. Hier möchte die vorliegende Studie einen Anstoß auf empirischer Basis liefern.

3. Methode

Um Einblicke in die Einstellungen der ParlamentarierInnen gegenüber „dem Netz“ zu erhalten, wurde vom 27. Februar bis 31. März 2012 eine Online-Befragung unter allen Abgeordneten des Nationalrats und der neun Landtage durchgeführt. Diese Variante der schriftlichen Befragung macht sich die Vorteile einer zeitlich und örtlich flexiblen, für die Befragten leicht handhabbaren Erhebungsmethode zunutze. Sie sieht sich gleichwohl – wie alle standardisierten schriftlichen Befragungen – mit dem Problem der Anonymität und Nichtkontrollierbarkeit der Befragungssituation konfrontiert. Es bleibt also nolens volens unklar, wer an der Befragung teilnimmt: die Abgeordneten selbst oder deren MitarbeiterInnen. Angesichts des Untersuchungsgegenstands, den Einstellungen der Abgeordneten gegenüber Online-Medien, erschien eine internetgestützte Befragung jedoch nicht nur als die zeit- und kostenökonomischere Variante, sondern vor allem auch als die angemessenere Option als eine Face-to-face-Befragung. Gleichwohl sei darauf hingewiesen, dass die gewählte Methode eine Selbstselektion der TeilnehmerInnen erleichtert. So muss davon ausgegangen werden, dass am Internet interessierte Abgeordnete mit größerer Wahrscheinlichkeit den Fragebogen beantworteten (vgl. auch Filzmaier/Stainer-Hämmerle 2002, 310). Dies sollte bei der Interpretation der Befunde berücksichtigt werden.

Bevor die Umfrage ins Feld ging, wurde sie der Parlamentsdirektion, den Landtagsdirektionen, dem Wiener Magistrat und den KlubsprecherInnen angezeigt. Diese unterstützten ausnahmslos die Durchführung der Befragung. Danach wurden alle Abgeordneten persönlich via E-Mail und mit einem anonymisierten Code eingeladen, sich an der Umfrage zu beteiligen. Innerhalb der kurzen Feldphase von nur vier Wochen wurden zwei Erinnerungsmails an die Abgeordneten versandt. Dies hat zu einem, auch im Vergleich zu anderen Abgeordnetenstudien in Österreich (vgl. Filzmaier 2006) zufriedenstellenden Rücklauf geführt: Es beteiligten sich 32,6% der Abgeordneten der Landtage und 23,5% der Mitglieder des Nationalrats an der Umfrage. Die Stichproben sind hinsichtlich des Geschlechts und des Alters der Befragten in großem Maße repräsentativ für die Grundgesamtheit aller Nationalrats- und Landtagsabgeordneten (vgl. Tenscher 2012b, 327). Allerdings zeigen beide Stichproben eine leichte Verzerrung zugunsten der „jüngeren“ Altersgruppen, d.h. vor allem der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen. Dies mag ein erstes Indiz für deren sozialisationsbedingte größere Internetaffinität sein (vgl. Zittel 2009, 383f.). Die in diesem Zusammenhang durch die gewählte Erhebungsmethode befürchtete Verzerrung der Stichprobe hält sich jedoch in Grenzen. Deutlicher fällt diese mit Blick auf die Klubzugehörigkeit aus. Dies gilt insbesondere für die nationale Stichprobe: In dieser sind die Abgeordneten von SPÖ, Grünen und BZÖ etwas überrepräsentiert, während unterdurchschnittlich wenige ParlamentarierInnen von ÖVP und FPÖ an der Umfrage teilnahmen. Das Ausmaß dieser unterschiedlichen Teilnahmebereitschaft führt dazu, dass auf klub- bzw. parteispezifische Auswertungen verzichtet wird.²

Im Folgenden sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der auf das Internet bezogenen Einstellungen der Abgeordneten auf Basis einer empirisch abgeleiteten Typologie erklärt werden.

Dabei sind zwei Fragestellungen untersuchungsleitend:

1. *In welchem Maße unterscheidet sich die Verteilung der Internettypen auf der regionalen Ebene von der auf nationaler Ebene?* Diesbezüglich lassen sich zwei konträre Annahmen formulieren: Einerseits könnten die im regionalen Kontext im Vergleich zur nationalen Ebene begrenzten Möglichkeiten zur massenmedialen Präsenz und das generell niedrigere Interesse der BürgerInnen an der Landespolitik³ dazu führen, dass die direkten (eben auch digitalen) Kanäle zwischen den ParlamentarierInnen und der Bevölkerung gestärkt werden. Aus diesem Grund müsste die Internetaffinität in den Landtagen stärker als im Nationalrat ausgeprägt sein. Andererseits könnte aber auch die bessere (personelle wie finanzielle) Ressourcenausstattung der Nationalratsabgeordneten diesen den Einstieg ins Netz erleichtern. Landtagsabgeordnete würden demnach eher in den interpersonalen, nicht digitalen Kontakt mit den WählerInnen investieren (vgl. Tenscher 2010). Ihre Internetaffinität wäre entsprechend schwächer als die der KollegInnen im Nationalrat ausgeprägt.
2. *In welchem Maße zeigen sich „digitale Klüfte“ in den Interneteinstellungen der Abgeordneten und worauf lassen sich diese zurückzuführen?* Diesbezüglich lässt sich erstens vermuten, dass die Einstellungen der Abgeordneten gegenüber dem Internet – wie in der allgemeinen Bevölkerung – in hohem Maße vom Alter und Geschlecht abhängen (vgl. Norris 2001; Emmer et al. 2011).⁴ Jüngere Abgeordnete und Männer müssten demnach offener gegenüber „dem Netz“ sein als ältere und Frauen. Dies bedeutet, dass sich ein soziodemografisch erklärbarer *digital divide* durch die Parlamentsreihen ziehen würde (vgl. Tenscher/Will 2010). Die Frage ist, ob es zweitens auch ideologisch bedingte Unterschiede in den Interneteinstellungen der Abgeordneten gibt. Sind z.B. „Konservative“ zögerlicher im Umgang mit Online-Medien als RepräsentantInnen „fortschrittlicher“ Parteien, wie sie z.B. die Grünen darstellen?

Zur Überprüfung dieser Fragestellungen wird auf eine Reihe an abhängigen und unabhängigen Variablen zurückgegriffen. Dabei wurde darauf geachtet, dass die abhängigen Variablen kognitive, evaluative und konative Komponenten der Orientierungen gegenüber dem Internet abdecken. Zu den folgenden Einstellungskonstrukten wurden die Abgeordneten befragt:

Die abhängigen Variablen sind:

- *Internetkompetenz*: „Wie schätzen Sie Ihre Fähigkeiten mit dem World Wide Web ein?“ (Antwortskala: 1 „sehr schlecht“ bis 5 „sehr gut“)
- *Nützlichkeit*: „Inwieweit empfinden Sie das Internet und seine Dienste wie World Wide Web und E-Mail als eine nützliche Neuerung?“ (Antwortskala: 1 „überhaupt nicht“ bis 5 „sehr stark“)
- *Intensitätssteigerung*: „Hat sich Ihrer Meinung nach die Kommunikation zwischen BürgerInnen und Abgeordneten durch das Internet verstärkt?“ (Antwortskala: 1 „überhaupt nicht“ bis 5 „sehr stark“)
- *Belastung*: „Wie sehr empfinden Sie die Kommunikation mittels Internet zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen als Belastung?“ (Antwortskala: 1 „überhaupt nicht“ bis 5 „sehr stark“)
- *Handlungsrelevanz*: „In welchem Maße fließen die an Sie mittels E-Mail gerichteten Fragen und Meinungen in ihre politische Entscheidungsfindung mit ein?“ (Antwortskala: 1 „überhaupt nicht“ bis 5 „in sehr hohem Maße“)

Als unabhängige Variablen wird auf das *Alter* und *Geschlecht* der Befragten, deren *Parlamentszugehörigkeit* (Landtag vs. Nationalrat) und die *ideologische Ausrichtung des Klubs*, dem sie angehören, zurückgegriffen (von „links“ nach „rechts“).

4. Ergebnisse

Insgesamt fallen die Einschätzungen gegenüber der Online-Kommunikation seitens der Abgeordneten ambivalent aus (vgl. Tabelle 1): Auf der einen Seite nehmen diese das Internet und seine Dienste als eine sehr nützliche Innovation wahr (Mittelwert 4,57), die die Kommunikation zwischen Delegierten und BürgerInnen erleichtern hilft und kaum als Belastung empfunden wird (Mittelwert 2,42). Auf der anderen Seite wird aber auch angemerkt, dass sich durch das Internet die Kommunikationsintensität und -dichte deutlich erhöht habe (Mittelwert 4,09) und dass E-Mails nur sporadisch in den politischen Entscheidungsprozess einfließen (Mittelwert 3,31). Hinzu kommt, dass, obwohl sich höchstwahrscheinlich überdurchschnittlich viele internetaffine Abgeordnete an der Umfrage beteiligten, diese ihre eigene Internetkompetenz nur mit gut beurteilen würden (Mittelwert 3,85) (vgl. auch Filzmaier/Stainer-Hämmerle 2002, 318).

Tabelle 1: Bewertungen der Online-Kommunikation (N=189, Mittelwertvergleich)

	Kompetenz		Nützlichkeit		Intensitätssteigerung		Belastung		Handlungsrelevanz	
	Ø	SD	Ø	SD	Ø	SD	Ø	SD	Ø	SD
Landtage	3,81	0,91	4,51	0,67	4,04	0,85	2,46	1,07	3,33	0,75
Nationalrat	4,00	0,79	4,79	0,41	4,26	0,69	2,30	1,06	3,26	0,62
Gesamt	3,85	0,89	4,57	0,63	4,09	0,82	2,42	1,07	3,31	0,72
F-Test	1,56		6,99***		2,31		0,07		0,34	

* p<0,1; ** p<0,05; *** p<0,01; SD = Standardabweichung

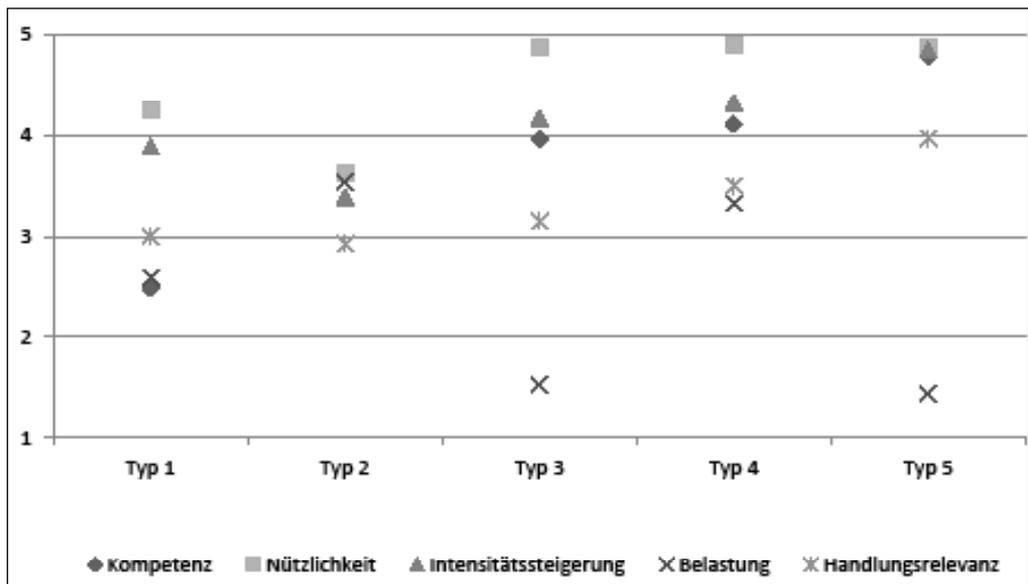
Die Nationalratsabgeordneten schätzen sich selbst als kompetenter als ihre Pendanten in den Landtagen ein. Sie nehmen auch eine höhere Nützlichkeit des Internets wahr und beobachten in höherem Maße einen Anstieg der Kommunikation. Im Gegensatz dazu empfinden die Delegierten aus den Ländern das Internet in stärkerem Maße als Belastung und schreiben ihm eine geringfügig höhere Handlungsrelevanz zu. Insgesamt scheinen sich also Nationalrats- und Landtagsabgeordnete zu unterscheiden. Dabei entpuppen sich die VolksvertreterInnen der Bundesebene als etwas offener gegenüber den Online-Medien als diejenigen aus den Bundesländern. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass lediglich in Bezug auf das Einstellungs-konstrukt „Nützlichkeit“ die Unterschiede in einem signifikanten Maße überzufällig sind (vgl. F-Test). Die ebenenunabhängigen Gemeinsamkeiten überwiegen folglich.

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen sollen in einem nächsten Schritt die Orientierungen der Abgeordneten dahingehend durchleuchtet werden, ob sich hinter den einzelnen Einschätzungen bestimmte Muster verbergen. Diese würden auf unterschiedliche *Internettypen* unter den Abgeordneten verweisen (vgl. Tenscher/Will 2010). Die Typologisierung hilft dabei, einen differenzierten Eindruck davon zu bekommen, wie vielfältig sich die Anpassung der ParlamentarierInnen an das digitale Zeitalter realisiert. Sie ist auch für weitere, länder- wie zeitver-

gleichende Analysen nützlich. In diesem Sinne knüpft die vorliegende Studie auch an die wenigen Studien an, die erste empirische Indizien darüber liefern, inwieweit medienorientierte Adaptionen individuell geprägt sind und keineswegs gleichförmig verlaufen (vgl. Tenscher/Will 2010; Tenscher 2012b).

Im vorliegenden Fall erfolgt die Typologisierung der politischen AkteurInnen auf der Grundlage einer Clusteranalyse. Dieses Verfahren erlaubt eine exakte Zuordnung einzelner Befragter zu unterschiedlichen Gruppen. Hierzu wurde die Nähe bzw. Distanz der Befragten in Bezug auf die fünf zentralen Einstellungsdimensionen ermittelt. Dazu wurde erstens die Anzahl der Cluster über eine hierarchische Clusteranalyse (Ward-Methode) erschlossen. Die endgültige Zuordnung der Fälle zu den Clustern erfolgte zweitens über eine anschließende Clusterzentrenanalyse. Im Laufe dieses Verfahrens wurden sieben nicht eindeutig zuzuordnende Fälle identifiziert, die aus der weiteren Analyse ausgeschlossen wurden.

Abbildung 1: Internettypen unter den Abgeordneten (N=182, Clusteranalyse)



Es kristallisieren sich fünf klar voneinander unterscheidbare Verständnisse bzw. Internettypen unter den Abgeordneten heraus, die im Folgenden kurz vorgestellt werden (vgl. Abbildung 1):

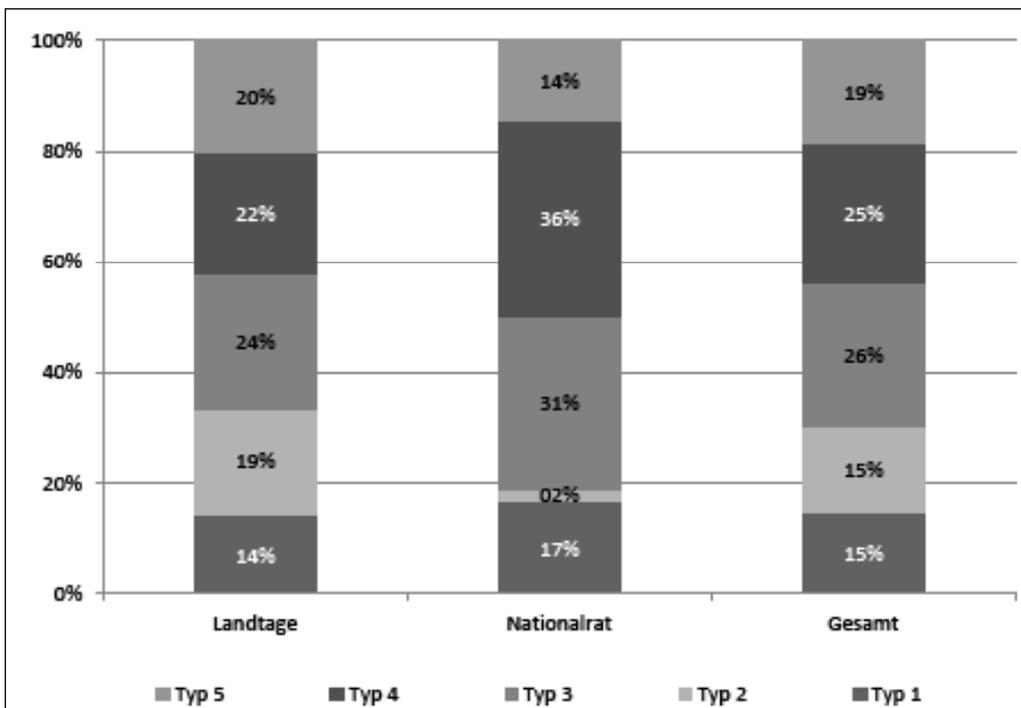
- *Internettyp 1* steht für eine Gruppe an Abgeordneten, die sich die geringste Internetkompetenz zuspricht und die zweitniedrigste Handlungsrelevanz wahrnimmt. Das Internet wird von ihnen nur bedingt als nützlich und – im Vergleich zu den anderen Gruppen – als durchschnittliche Belastung empfunden. Der perzipierte Anstieg der Kommunikationsintensität bewegt sich auch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Diese Personen lassen sich als *Distanzierte* bezeichnen.
- Abgeordnete des *Internettyps 2* stellen die Nützlichkeit des WWW am stärksten infrage. Das Internet ist im höchsten Maße eine Belastung für sie, auch wenn sie ihm die niedrigste Handlungsrelevanz zusprechen. Sie nehmen am wenigsten eine Ausdehnung der Kommu-

nikationsintensität wahr. Alles in allem stellen diese Abgeordneten die Gruppe der *Ablehnenden* dar.

- Personen der *Internettypen 3 und 4* ähneln sich stark: Beide Gruppen sprechen sich eine hohe Internetkompetenz zu, stellen die Nützlichkeit der Online-Medien nicht infrage, auch wenn diese zum Anstieg der Kommunikation in hohem Maße beitragen. Auch lassen sie über E-Mails an sie herangetragene Wünsche der BürgerInnen in überdurchschnittlichem Maße in den politischen Entscheidungsprozess einfließen. Es gibt jedoch einen großen Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen: Während für die Abgeordneten des Typs 4 das Internet kaum eine Belastung darstellt, ist es für die Delegierten des Typs 3 in zweithöchstem Maße eine. Vor diesem Hintergrund gelten Personen des Typs 3 als *funktionale NutzerInnen* und jene des Typs 4 als *Souveräne*.
- ParlamentarierInnen des *Internettyps 5* entsprechen sicherlich am ehesten dem Ideal des „elektronischen Delegierten“ (Zittel 2003). Ausgestattet mit der höchsten Internetkompetenz lassen sie sich auch nicht durch die stark empfundene Intensivierung der Kommunikation davon abbringen, den Online-Medien eine äußerst hohe Nützlichkeit zuzusprechen. Diese drückt sich auch darin aus, dass E-Mail-Anfragen der größte Nutzen für politische Entscheidungsprozesse zugesprochen wird. Eine Belastung stellt die Internetkommunikation für diese Abgeordneten nicht dar. Diese Gruppe repräsentiert die *intensiven NutzerInnen*.

Die Gruppen sind ungleich unter den Abgeordneten verteilt (vgl. Abbildung 2): Während die Typen 3 und 4 jeweils rund ein Viertel der Stichprobe ausmachen, stellen die gleich stark besetz-

Abbildung 2: Internet-Typen und parlamentarische Zugehörigkeit (N=182, in Prozent)



ten Gruppen der Typen 1 und 2 zusammen weniger als ein Drittel der Delegierten. Hinzu kommen 19%, die als *intensive NutzerInnen* (Typ 5) klassifiziert wurden. Alles in allem kann also festgehalten werden, dass die deutliche Mehrheit der österreichischen Abgeordneten, nämlich rund 70%, als internetaffin, also den Typen 3, 4 oder 5 zugehörig, zu bezeichnen ist. Das ist deutlich mehr als in einer vergleichbaren Studie, die im Jahr 2008 in Deutschland durchgeführt wurde (vgl. Tenscher/Will 2010). Die VolksvertreterInnen in Österreich sind also zu einem Großteil bereits im Netz angekommen. Allerdings gibt es diesbezüglich deutliche Unterschiede zwischen den Abgeordneten der Landtage und des Nationalrats. In den Ländern liegt der Anteil der internetdistanzierten und -ablehnenden (Typen 1 und 2) bei einem Drittel der Abgeordneten. Im Nationalrat ist es lediglich ein Fünftel. Offensichtlich herrscht keine größere Internetaffinität in den Landtagen, auch wenn sich dort etwas mehr Delegierte als auf nationaler Ebene finden, die dem Typus des intensiven Nutzers zuzurechnen sind (20 vs. 14%). Im Nationalrat wiederum stellen die sich ähnelnden Typen 3 und 4, die funktionalen NutzerInnen und die Souveränen, die größten Gruppen. Zusammen besetzen sie mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze.

Diese Unterschiede mögen ein Ergebnis unterschiedlicher soziodemografischer Kompositionen der Parlamente sein – also ein Mesophänomen – und/oder ein direktes Ergebnis divergierender Einstellungen der ParlamentarierInnen – also ein Mikrophänomen. Beide Möglichkeiten sollen im Folgenden überprüft werden.

Mit Blick auf die Mikroebene kann der Einfluss zweier soziodemografischer Variablen überprüft werden, denen – neben der formalen Bildung und dem Einkommen – bei der Erklärung des *digital divide* eine zentrale Bedeutung zukommt: Geschlecht und Alter (vgl. Tabelle 2). Geschlechtsbedingte Unterschiede deuten sich vor allen Dingen bei den Typen 2, 4 und 5 an. Demnach gibt es nicht nur deutlich mehr männliche als weibliche *Ablehnende* (Typ 2), sondern auch mehr *intensive Nutzer* als *Nutzerinnen* (Typ 5). Die Frauen sind am stärksten – und zwar doppelt so stark wie die Männer – in der Gruppe der *souveränen Nutzer* (Typ 4) vertreten. Hier zeichnen sich durchaus geschlechtsbedingte Unterschiede ab. Allerdings gehen diese nicht in eine Richtung, sodass nicht gesagt werden kann, dass ein Geschlecht internetaffiner als das andere wäre.

Demgegenüber deuten die Befunde durchaus auf eine *altersbedingte Kluft* im Umgang mit digitalen Online-Medien (vgl. auch Jackson/Lilleker 2011). Dies untermauert ein Blick auf die beiden „Kontrastgruppen“, die Distanzierten (Typ 1) und die intensiven NutzerInnen (Typ 5). Je älter die Abgeordneten sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie dem Internet gegen-

Tabelle 2: Internet-Typen im soziodemografischen Vergleich (N = 182; Angaben in Prozent)

	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5
Geschlecht					
Weiblich	18,2	5,5	25,5	38,2	12,7
Männlich	13,4	19,7	26,0	19,7	21,3
Alter					
18–39 Jahre	0	4,0	36,0	28,0	32,0
40–49 Jahre	11,9	16,9	27,1	25,4	18,6
50–59 Jahre	18,2	15,6	23,4	27,3	15,6
60+ Jahre	28,6	15,4	25,8	25,3	18,7
Gesamt	14,8	15,4	25,8	25,3	18,7

über distanziert eingestellt sind. Dies trifft auf keinen der Befragten in der jüngsten Altersgruppe, aber auf 28,6% der Über-60-Jährigen zu. Dafür zählt knapp jede/r Dritte der jüngsten ParlamentarierInnen zu den intensiven NutzerInnen – fast doppelt so viele wie in den älteren Altersgruppen. Das ist ein deutliches Zeichen für einen altersbedingten *digital divide*: Je jünger die Abgeordneten sind, desto offener sind sie gegenüber computervermittelten Online-Medien (vgl. auch Tenscher/Will 2010). In diesem Sinne *repräsentieren* die Abgeordneten im wahrsten Sinne des Wortes die Bevölkerung.

Scheinbar hat die Mikroebene, also die Soziodemografie der politischen Delegierten, nur einen begrenzten (Alter) und nicht immer eindeutigen Einfluss (Geschlecht) auf deren Internet-einstellungen. Vor diesem Hintergrund sollen abschließend Zusammenhänge unter Berücksichtigung der Mesoebene überprüft werden. Dies geschieht im Rahmen von linearen Regressionsmodellen mit den fünf Einstellungskonstrukten als abhängigen Variablen. Als unabhängige Variablen werden neben den beiden soziodemografischen Merkmalen „Geschlecht“ und „Alter“ die parlamentarische Ebene und die ideologische Ausrichtung des Klubs, dem ein/e Abgeordnete/r angehört, berücksichtigt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Einflussfaktoren auf die Internet-einstellungen (OLS Regressionen; N = 189)

	Kompetenz	Nützlichkeit	Intensitätssteigerung	Belastung	Handlungsrelevanz
	Beta	Beta	Beta	Beta	Beta
Alter	-0,32 ***	-0,12	-0,14*	0,13 *	-0,03
Geschlecht (weiblich/männlich)	0,09	-0,06	-0,00	-0,06	0,00
Parlamentszugehörigkeit (Landtage/Nationalrat)	0,07	0,18 **	-0,10	-0,06	-0,04
Ideologie (links-rechts)	-0,18 **	-0,07	-0,09	-0,04	0,10
Konstante	5,35	4,68	4,58	2,39	3,30
R2	0,13	0,06	0,04	0,03	0,01

* p<0,1; ** p<0,05; *** p<0,01

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die Erklärungskraft der Regressionsmodelle z.T. äußerst gering ist: Sie variiert von einem bis 13% (R^2). Das heißt, dass 87% und mehr der Varianz der abhängigen Variablen auf andere, hier nicht berücksichtigte Variablen zurückzuführen sind. Darunter könnte z.B. der Bildungshintergrund der Abgeordneten, die Anzahl ihrer MitarbeiterInnen, die für die Internetkommunikation zuständig sind, oder ihre generelle Einstellungen gegenüber verschiedenen Kanälen der Binnen- und Außenkommunikation (vgl. Tenscher 2012b) fallen. Dies gilt es weiter zu überprüfen. Besonderes Augenmerk sollte dabei sicherlich jenen Modellen zukommen, die die geringste Erklärungskraft haben. Dies trifft vor allem auf die Erklärung der Handlungsrelevanz zu, auf die keine der hier berücksichtigten Variablen einen signifikanten Einfluss ausübt.

Davon unbenommen bestätigen die Regressionsmodelle zunächst die Vermutungen hinsichtlich des Einflusses der soziodemografischen Faktoren: Während dem Geschlecht in keinem der Modelle eine signifikante Vorhersagekraft zukommt, ist dies beim Alter anders. Es ist der jeweils stärkste Prädiktor auf die sich selbst zugeschriebene Internetkompetenz, den wahrgenommenen Anstieg der Kommunikationsintensität und die wahrgenommene Belastung. Dabei

gilt, dass mit steigendem Alter die Internetkompetenz abnimmt, zugleich aber eine größere Kommunikationsintensität und Belastung durch die Online-Medien empfunden wird. Dies ist ein eindeutiger Beweis für den vermuteten altersbedingten *digital divide*. Diesen gibt es jedoch nicht mit Blick auf das Geschlecht der Abgeordneten.

Variablen der Mesoebene kommt nur in zwei Modellen eine Bedeutung zu: Die parlamentarische Ebene spielt, wie vermutet (vgl. Tabelle 2), tatsächlich nur dann eine Rolle, wenn es um die Frage geht, wie nützlich das Internet und seine Dienste empfunden werden. Hier sind es die nationalen VolksvertreterInnen die in signifikantem Maße einen höheren Nutzen wahrnehmen. Alle anderen Modelle lassen keinen Einfluss der Variable „Parlamentszugehörigkeit“ erkennen, sodass hier die Gemeinsamkeiten doch größer sind als erwartet. Letztlich scheint es auch keinen umfänglichen ideologischen *digital divide* in den Parlamenten zu geben: Nur hinsichtlich der Internetkompetenz kommt der ideologischen Ausrichtung des Klubs eine signifikante Bedeutung zu. Demnach schätzen sich Abgeordnete von SPÖ und Grünen als etwas kompetenter im Umgang mit den Online-Medien ein als die VolksvertreterInnen von ÖVP, FPÖ/FPK und BZÖ. Dies mag vielleicht auch die insgesamt etwas stärkere Teilnahmebereitschaft der Abgeordneten „linker“ Klubs an der Online-Umfrage erklären.

5. Fazit und Ausblick

In der Geschichte der Menschheit hat es bislang kaum eine medientechnische Innovation gegeben, die sich in einem vergleichbar rasanten Tempo wie das World Wide Web gesamtgesellschaftlich ausgebreitet hat. Dies hat Folgen für die zwischenmenschliche wie für die politische Kommunikation, für die politische Kultur und – nicht zuletzt – für das Repräsentationsverhältnis (vgl. Coleman et al. 1999; Zittel 2003). Im „Internetzeitalter“ bieten sich den VolksvertreterInnen nicht nur vielfältige Möglichkeiten zur multimedialen Top-down-Kommunikation, bei denen die „Schleusen“ der Massenmedien umschifft werden können, sondern zugleich auch neue Kanäle des unmittelbaren Austauschs zwischen ParlamentarierInnen einerseits und BürgerInnen andererseits. Gerade diese Potenziale zur Rückkopplung, zum Diskurs und zur Vernetzung sind es, die Hoffnungen auf eine neue Qualität der (elektronischen) Demokratie geweckt haben (vgl. Barber 1984; Lusoli 2012).

Deren Realisierung ist, mit voranschreitender Überwindung der technischen Hürde des Internetzugangs, heutzutage vor allem an *soziale Faktoren* gekoppelt: an das Bedürfnis, die Bereitschaft und die individuelle Kompetenz zur politischen Online-Kommunikation. Diese Faktoren gilt es aber nicht nur aufseiten der Repräsentierten zu beobachten (vgl. Emmer et al. 2011), sondern immer auch aufseiten der RepräsentantInnen selbst (vgl. z.B. Jackson/Lilleker 2011). So wie die Demokratie von der Qualität der Repräsentationsbeziehung abhängt, so steht die *wechselseitige* Bereitschaft und Befähigung zur Nutzung der Online-Kanäle im Zentrum der Ideen elektronischer Demokratie (vgl. Lusoli 2012).

Vor diesem Hintergrund wurde der Fokus an dieser Stelle auf die Einstellungen der österreichischen Abgeordneten gegenüber den Online-Medien gerichtet. Deren Antworten verweisen zunächst auf die (normativ erwünschte) *Selbstverständlichkeit*, mit der „moderne“ ParlamentarierInnen den Online-Medien mittlerweile begegnen, mit der sie online präsent und via E-Mail erreichbar sind. Ein Großteil der Abgeordneten, die sich an dieser Studie beteiligten, ist bereits „im Netz“ angekommen. Die dahinter steckenden Bewertungen verdeutlichen aber, dass neben den positiven Potenzialen des Internets (Nützlichkeit, Handlungsrelevanz) durchaus auch Dys-

funktionen der virtuellen Bürgerkommunikation gesehen werden, die manch einen Abgeordneten davon abhalten mögen, sich über das geforderte (symbolische) Maß an virtueller Präsenz „im Netz“ zu engagieren. So ist, aus Sicht der Abgeordneten, Internetkommunikation eben auch immer gleichzusetzen mit einer stetig wachsenden Anzahl an Anfragen via E-Mail, die die Arbeitsbelastung, aber auch den Zeit- und Reaktionsdruck erhöhen (vgl. Filzmaier/Stainer-Hämmerle 2002, 324). Dies mag einen Prozess der Delegation der Online-Kommunikation forcieren: von den Abgeordneten zu deren MitarbeiterInnen. Auch diese Delegation von Kommunikation, mit der die Responsivitätsrolle in gewissem Maße verlagert wird, ist bei der weiteren Diskussion über die Demokratisierungspotenziale des Internets für die politische Kommunikation zu beachten (vgl. auch Tenscher/Will 2010, 617f.).

Schließlich werden die skizzierten Dsyfunktionen insbesondere von jenen Abgeordneten wahrgenommen, die sich als *Distanzierte* (und *Ablehnende*) entpuppen. Dabei handelt es sich vornehmlich um ältere Abgeordnete mit vergleichsweise geringer Internetkompetenz. Ihnen gegenüber stehen die *Souveränen*, die *funktionalen* und *intensiven NutzerInnen*, die, mit hoher Internetkompetenz ausgestattet, in stärkerem Maße die Vorteile der Online-Kommunikation zur (Re-)Präsentation und für ihre politische Arbeit sehen und die schließlich auch überdurchschnittlich häufig selbst in den E-Mail-Austausch mit den BürgerInnen eintreten. Diese drei Gruppen stellen schon jetzt rund 70% der Mitglieder des Nationalrats und der Landtage, wobei die Gemeinsamkeiten zwischen den Parlamenten größer als die Unterschiede sind.

Den größten Unterschied macht derzeit (noch) das Alter der Befragten aus: Dieses trennt die internetaffineren jüngeren Abgeordneten von den internetzögerlicheren älteren. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich diese altersbedingte Kluft in den kommenden Jahren mit dem Voranschreiten der jüngeren ParlamentarierInnenkohorten und der Veralltäglichung digitaler Kommunikationsmöglichkeiten schließen wird. Die schon jetzt hohe *Internetaktivität* der Abgeordneten könnte dann in noch höherem Maße Angebote zur *Interaktivität* schaffen. Inwieweit diese von den BürgerInnen dann auch genutzt werden, inwieweit sich dadurch das Repräsentationsverhältnis von offline zu online ändern (vgl. Graham et al. 2013) und die gesamte parlamentarische Arbeit sich wandeln werden (vgl. Williamson/Fallon 2011), gilt es weiter zu beobachten. In diesem Zusammenhang hat die vorliegende Studie einen der ersten empirischen Referenzpunkte für zukünftige Untersuchungen gesetzt.

ANMERKUNGEN

- 1 Ungeachtet einiger technischer Divergenzen werden im Folgenden die Termini „Online-Medien“, „Internet“, „Netz“, „World Wide Web“, „neue Medien“ und „digitale Medien“ synonym verwendet.
- 2 Es wurde, wie auch in anderen Abgeordnetenstudien üblich, auf ein nachträgliches *Redressment* der Stichprobe in Bezug auf die Klubzugehörigkeit verzichtet. Eine entsprechende „Nachjustierung“ entlang eines Merkmals hätte ggf. zu Verzerrungen hinsichtlich der Antwortverteilungen insgesamt geführt (vgl. Alt/Bien 1994).
- 3 Dieses manifestiert sich u.a. an einer im Vergleich zu Nationalratswahlen geringeren Beteiligung an Wahlen in den Bundesländern (vgl. u.a. Jenny 2013).
- 4 Darüber hinaus sind auch bildungs- und einkommensbedingte Unterschiede zu erwarten. Diese werden jedoch aufgrund der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung größeren Homogenität der Abgeordneten hinsichtlich ihrer formalen Bildung und ihres Einkommens nicht überprüft.

LITERATURVERZEICHNIS

Alt, Christian/Walter Bien (1994). Gewichtung, ein sinnvolles Verfahren in der Sozialwissenschaft?, in: Siegfried Gabler/Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik/Dagmar Krebs (Hg.): Gewichtung in der Umfragepraxis, Opladen, 124–140.

- Barber, Benjamin (1984). *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*, Berkeley.
- Browning, Graeme (1996). *Electronic Democracy: Using the Internet to Influence American Politics*, Wilton.
- Chadwick, Andrew (2009). The Internet and Politics in Flux, in: *Journal of Information Technology & Politics*, Vol. 6(3), 195–196.
- Coleman, Stephen/John A. Taylor/Wim van de Donk, W. (Hg.) (1999). *Parliaments in the Age of the Internet*, Oxford.
- Coleman, Stephen/Josephine Spiller (2003). Exploring New Media Effects on Representative Democracy, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 9(3), 1–16.
- Edelmann, Noella/Johann Hoechtl/Peter Parycek (2010). E-Government Readiness, Strategy and Two Different User Groups – in Austria, in: Alexander B. Sideridis/Charalampos Z. Patrikakis (Hg.): *Next Generation Society Technological and Legal Issues*, Wiesbaden, 251–258.
- Emmer, Martin/Gerhard Vöwe/Jens Wolling (2011). *Bürger online: Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*, Konstanz.
- Emmer, Martin/Marco Bräuer (2010). Online-Kommunikation politischer Akteure, in: Wolfgang Schweiger/Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*, Wiesbaden, 311–337.
- Filzmaier, Peter/Kathrin Stainer-Hämmerle (2002). Parlamentskommunikation und Neue Medien. Das Internet-Nutzungsverhalten der Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat, in: *SWS-Rundschau*, Vol. 42(3), 309–334.
- Filzmaier, Peter/Kathrin Stainer-Hämmerle/Daniela Ingruber (2006). Parlamentskommunikation und neue Medien: Fallbeispiele aus Österreich im EU-ropäischen Vergleich, in: Peter Filzmaier/Matthias Karmasin/Cornelia Klepp (Hg.): *Politik und Medien – Medien und Politik*, Wien, 146–169.
- Graham, Todd/Marcel Broersma/Karin Hazelhoff (2013). Closing the Gap? Twitter as Instrument for Connected Representation, in: Richard Scullion/Roman Gerodimos/Daniel Jackson/Darren Lilleker/ (Hg.): *The Media, Political Participation and Empowerment*, London (i. V.).
- Grossman, Lawrence K. (1995). *The Electronic Republic: Reshaping Democracy in the Information Age*, New York.
- Gulati, Girish J./Christine B. Williams (2007). Closing the Gap, Raising the Bar: Candidate Web Site Communication Channels on the 2006 Election Cycle and beyond, in: *Social Science Computer Review*, Vol. 25(4), 443–465.
- Hirzalla, Fadi/Liesbet van Zoonen/Jan de Ridder (2011). Internet Use and Political Participation: Reflections on the Mobilization/Normalization Controversy, in: *Information Society*, Vol. 27(1), 1–15.
- Integral (2012): *Austrian Internet Monitor. Kommunikation und IT in Österreich*, 3. Quartal 2012, Wien.
- Jackson, Nigel (2006). An MP's Role in the Internet Era: The Impact of E-Newsletters, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 12(2), 223–242.
- Jackson, Nigel/Darren Lilleker (2011). Microblogging, Constituency Service and Impression Management: UK MPs and the Use of Twitter, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 17(1), 86–105.
- Jenny, Marcelo (2013). Austria: Regional Elections in the Long Shadow of National Politics, in: Régis Dandoy/Arjan Schakel (Hg.): *Regional and National Elections in Western Europe: Territoriality of the Vote in Thirteen Countries*. Basingstoke/Houndmills (i. V.).
- Kevenhörster, Paul (1998). Repräsentation, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen/Wiesbaden, 292–297.
- Leggewie, Claus/Christoph Bieber (2003). Demokratie 2.0. Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei?, in: Claus Offe (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt am Main, 124–151.
- Leston-Bandeira, Cristina (2007). Are ICTs Changing Parliamentary Activity in the Portuguese Parliament?, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 13(3), 403–421.
- Leston-Bandeira, Cristina (2012). Towards a Trustee Model? Parliamentary Representation in the Internet Era. The Portuguese Case, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 65(2), 425–447.
- Lilleker, Darren G./Karolina Koc-Michalska/Eva Johanna Schweitzer/Michal Jacunski/Nigel Jackson/Thierry Vedel (2011). Informing, Engaging, Mobilizing or Interacting: Searching for a European Model of Web Campaigning, in: *European Journal of Communication*, Vol. 26(3), 195–213.
- Lindh, Magnus/Lee Miles (2007). Becoming Electronic Parliamentarians? ICT Usage in the Swedish Riksdag, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 13(3), 422–440.
- Lusoli, Wainer (2012). *Voice and Equality: The State of Electronic Democracy in Britain*, Cresskill.
- Lusoli, Wainer/Stephen Ward/Rachel Gibson (2006). Reconnecting Politics? Parliament, the Public and the Internet, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 59(1), 24–42.
- Maier-Rabler, Ursula/Stefan Huber/Astrid Schmid (2012.) *Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke: Politische Partizipation lernen im Web 2.0*, in: *Forum Politische Bildung* (Hg.): *Informationen zur Politischen Bildung*, 35, Wien, 17–24.
- Margolis, Michael/David Resnick (2001). *Politics as Usual: The Cyberspace „Revolution“*, Thousand Oaks, CA.
- Norris, Pippa (2000). *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge.
- Norris, Pippa (2001). *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge.

- Plasser, Fritz/Günther Lengauer* (2010). Die österreichische Medienarena: Besonderheiten des politischen Kommunikationssystems, in: *Fritz Plasser* (Hg.): Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien, 19–52.
- Reinemann, Carsten* (2010). Medialisierung ohne Ende? Zum Stand der Debatte um Medieneinflüsse auf die Politik, in: *Zeitschrift für Politik*, Vol. 57, 278–293.
- Rußmann, Uta* (2011). Targeting Voters via the Web: A Comparative Structural Analysis of Austrian and German Party Websites, in: *Policy & Internet*, Vol. 3(3).
- Rußmann, Uta* (2012). Kampagnen im Web: Neue Formen der Wahlkampfkommunikation, in: *Fritz Plasser* (Hg.): Erfolgreich wahlkämpfen: Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich, Wien, 189–207.
- Schweitzer, Eva Johanna* (2012). Normalization 2.0: A Longitudinal Analysis of German Online Campaigns in the National Elections 2002–9, in: *European Journal of Communication*, Vol. 26(1), 310–327.
- Small, Tamara A.* (2011). What the Hashtag? A Content Analysis of Canadian Politics on Twitter, in: *Information Communication & Society*, Vol. 14(6), 872–895.
- Stark, Birgit* (2009). Konstanten und Veränderungen der Mediennutzung in Österreich. Empirische Befunde aus den Media-Analyse-Daten (1996–2007), in: *SWS-Rundschau*, Vol. 49(2), 130–153.
- Strobl, Klaus* (2012). Die Hybridisierung politischer Kommunikation und Kampagnenpraxis. Vortrag gehalten am Tag der Politikwissenschaft der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, 29.–30. November 2012. Graz.
- Tenschler, Jens* (2010). Salto mediale? Medialisierung aus der Perspektive deutscher Landtagsabgeordneter, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 44*, 375–395.
- Tenschler, Jens* (2012). Nur ZiB und Krone? Medienorientierungen österreichischer Abgeordneter, in: *SWS-Rundschau*, Vol. 52(3), 321–342.
- Tenschler, Jens* (2012a). Medien- und Kommunikationskanäle in Wahlkämpfen. Relevanzzuschreibungen aus der Akteursicht, in: *Zeitschrift für Politikberatung*, Vol. 5(4), 155–164.
- Tenschler, Jens/Laura Will* (2010). Abgeordnete online? Internetaktivitäten und -bewertungen der Mitglieder des Deutschen Bundestages, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Vol. 41(3), 604–618.
- Tenschler, Jens/Lore Hayek* (2012). Allgemeine und politische Mediennutzung, in: *Silke I. Keil/Jan W. van Deth* (Hg.): Deutschlands Metamorphosen: Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008, Baden-Baden, 237–269.
- Vicente-Merino, Ma Rosa* (2007). Websites of Parliamentarians across Europe, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 13(3), 441–457.
- Vowe, Gerhard* (2006). Mediatisierung der Politik? Ein theoretischer Ansatz auf dem Prüfstand, in: *Publizistik*, Vol. 41(4), 437–455.
- Wagner, Kevin M./Jason Gainous* (2009). Electronic Grassroots: Does Online Campaigning Work?, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 15(4), 502–520.
- Williamson, Andy/Freddy Fallon* (2011). Transforming the Future Parliament through the Effective Use of Digital Media, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 64(4), 781–792.
- Zittel, Thomas* (2003). Political Representation in the Networked Society: The Americanisation of European Systems of Responsible Party Government?, in: *The Journal of Legislative Studies*, Vol. 9(3), 32–53.
- Zittel, Thomas* (2004). Digital Parliaments and Electronic Democracy: A Comparison between the US House, the Swedish Riksdag, and the German Bundestag, in: *Rachel Gibson/Andrea Römmele/Stephen Ward* (Hg.): *Electronic Democracy*, London, 70–95.
- Zittel, Thomas* (2009). Entmedialisierung durch Neue Digitale Medien? Direkte Wählerkommunikation im WWW aus der Sicht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 42*, 367–389.
- Zittel, Thomas* (2010). Mehr Responsivität durch neue digitale Medien? Die elektronische Wählerkommunikation in Deutschland, Schweden und den USA, Baden-Baden.

AUTOR

Dr. Jens TENSCHER, geb. 1969, Senior Scientist am Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Forschungsschwerpunkte: (vergleichende) politische Kommunikations-, Wahlkampf-, Parteien- und Parlamentarismusforschung. Aktuelle Publikationen: Tenschler, Jens (2012). Haupt- und Nebenwahlkämpfe in Deutschland und Österreich, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Vol. 43(1), 113–131; Tenschler, Jens (2012). Nur ZiB und Krone? Medienorientierungen österreichischer Abgeordneter, in: *SWS-Rundschau*, Vol. 52(3), 321–342; Tenschler, Jens (Hg.) (2011). *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*, Wiesbaden.